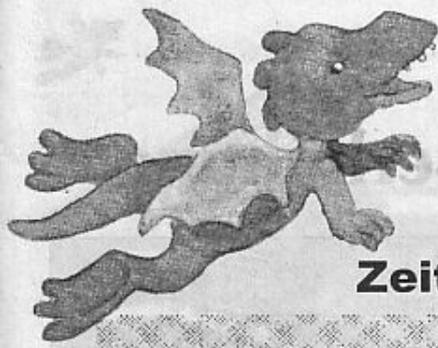


30/4 d

Kostenlos!

Ausgabe 16

Winter 1999



tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität



Jetzt geht's los!!

Mein Vorbild: "Generalfeldmarschall Erwin Rommel"

Der Kompaniechef der Reserve und neue Fraktionsvorsitzende der CDU, Andreas O. Koch (Hobby: Bundeswehr) auf Nachfrage des ST

Neue Mehrheit in Solingen - Was tun?	3
Was sonst noch in Solingen ge- schah: Ein subjektiver Rückblick	4
Die Handballer der SG Solingen und die Firma Kissel	5
Was macht eigentlich der Kriegsver- brecher Weise? BfS: Ungeliebt und rassistisch	6
Sparpaket: Umverteilung von unten nach oben geht weiter	7+8
Im Gedenken an einen Unbekannten	8
Hexenblatt: Frauenausschuß von Streichung bedroht	9
Biodynamische Aufstandsbekämp- fung in Chiapas - Lebensbaum- Kaffee jetzt ohne Transfair-Siegel	10
Abu-Jamals Leben am seidenen Faden, Neonazis in Sachsen: Freispruch für antifaschistische Courage	11
Solinger Appell - Forum gegen Krieg u. Rassismus protestiert gegen den Krieg in Tschetschenien Ost-Timor - Spielball des IWF?	12
Vom Seelenverkäufer zum Luxusliner - Teil II	13+14
Joschka Fischer Superstar: Grün tarnt sich's am besten - vom Friedensaktivisten zum Kriegs- treiber	15



Impressum

tacheles - Zeitung für Emanzipation und
Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskol-
lektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt und Zuschriften:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98
e-mail: tachelesSG@wtal.de

Druck: Neuer Weg, Verlag und Druck
Kaninenberghöhe 2, 45136 Essen

ViSDP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirt-
schaft (BfG), Kontoinhaberin: Pauline Ehl
Konto: 297 349 6300, BLZ 330 101 11
entstanden an Halloween - in 18 Stunden.

Weitere Fahrpreiserhöhung beschlossen

Busfahren wurde in den letzten acht Jahren um 40 % teurer

(FK) Die achte Fahrpreiserhöhung in unmittelbarer Folge wird am 1. November 2000 in Kraft treten. Um durchschnittlich 2,9 % wird dann das Busfahren im Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) teurer. Das Ticket 2000 soll sogar bis zu 5,4 % mehr kosten. Diese Erhöhungen liegen weit über den sonstigen Preissteigerungen. Einzig die Grünen protestierten gegen diese Preispolitik des Verkehrsverbundes Rhein/Ruhr und wiesen darauf hin, daß in den letzten acht Jahren der sozial und ökologisch wichtige ÖPNV, unverhältnismäßig um 40 % teurer wurde. Die Ratsfraktion der Grünen forderte - allerdings ohne Erfolg - die beiden Vertreter der Stadt Solingen in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes, Bernd Krebs (CDU) und Willi Esser (SPD), auf, gegen eine solche Erhöhung zu stimmen. Eine weitere Erhöhung wird darüber hinaus mit der Ankündigung einer neuen Tarifreform erwartet. Es gab Zeiten in Solingen, als gegen Fahrpreiserhöhungen noch demonstriert wurde.



Foto: Frank Knoche

Protestaktion gegen Fahrpreiserhöhungen anlässlich der Einweihung des Clemens-Denkmal durch Walter Scheel in den 70ern. Die SDAJ hatte in der Nacht vor der Enthüllung ein entsprechendes Plakat unter die Verhüllungsfolie geschmuggelt und so zur Erheiterung der zahlreichen ZuschauerInnen beigetragen.

Strompreise und Stadtwerke

Marktwirtschaftler contra Marktwirtschaft

Die Liberalisierung des Strommarktes brachte es an den Tag: Die Strompreise des RWE, dem bisherigen Lieferanten für Solingen, sind im Verhältnis zu anderen Anbietern jährlich bis zu 17,4 Mio. DM teurer. Deshalb wollen die Stadtwerke jetzt aus dem Vertrag mit dem RWE aussteigen. Wer die neue Kostenwahrheit versteht, kann schließlich leicht ausrechnen, welche unverschämten Sonderprofite der RWE-Monopolist bisher eingefahren hat. Die neu gewonnene Freiheit der Stadtwerke, sich auf dem liberalisierten Markt, den preiswertesten Stromlieferanten aussuchen zu können, und in Kooperation mit anderen Stadtwerken zusätzliche Sonderkonditionen auszuhandeln scheint der neuen CDU-Mehrheit trotzdem nicht so recht zu gefallen. Hals über Kopf betreiben die Gralshü-

ter der Marktwirtschaft deshalb jetzt den Teilverkauf der Stadtwerke ausgerechnet an die RWE, welches den Verlust ihrer Monopolstellung durch den Einkauf in alle möglichen kommunalen Eigenbetriebe wieder ausgleichen will, um so durch die Hintertür, das alte Monopol wieder herstellen zu können. Offensichtlich gibt es in der Solinger Politik und Verwaltung viel mehr Menschen, die sich dem Konzern RWE weitaus mehr verbunden fühlen als dem Allgemeinwohl der Stromkunden. RWE-Aktien im Wert von 40 Mio. DM im Besitz der Stadt sprechen da schon Bände. Der Verkauf der Stadtwerke scheint zumindest in CDU-Kreisen schon längst beschlossene Sache zu sein. Nur noch ein Bürgerbegehren wie beim Heidebad könnte diese verhängnisvolle Entscheidung stoppen.

Frank Knoche

Mehr Franz im Rathaus - Was tun?

Nach dem Wahl-Schock vom 12.9.

Eine Schlappe für rot-grün in Solingen war allgemein erwartet worden, daß es eine Katastrophe wurde, überraschte dann doch. Sicherlich ist dieses Ergebnis zum größten Teil der Unzufriedenheit der weggebliebenen rot-grünen Wähler Teile geschuldet, die eine Veränderung der Bundespolitik in Richtung einer ökologischeren und sozialeren Politik erhofft hatten. Statt dessen bekamen sie den Kosovo-Krieg, das Schröder-Blair-Papier für einen sozialdemokratischen Neoliberalismus, Eichels Sparpaket mit starken Einschnitten gerade bei den Arbeitslosen und einen Atom- und Autokanzler, der die Grünen gerade in den für sie sensiblen Bereichen Atomausstieg und Umweltpolitik am Nasenring hinter sich herzieht.

Das Wahlergebnis zeigt gerade dadurch, daß 51% der Wahlberechtigten nicht wählten, daß viele Menschen sich, egal auf welcher politischen Ebene, vom Wählen keine positiven Veränderungen mehr erwarten, daß sie nicht mehr an die Steuerungsfähigkeit der Politik in der Krise des Kapitalismus glauben. "Welche Krise?" werden die empörten Aufschreie kommen und doch wächst untergrün-

det auf die Krise mit Sozialstaatsabbau, staatlich geförderten Niedriglohnkonzepten und weiter verschärften Zumutbarkeitsregeln. Da der Besitz einer "Arbeitsstelle" immer mehr zur Überlebensfrage wird, verdrängt dies die vorher wichtigere Sorge um die Umwelt; Hoffnung auf eine erfolgversprechende rot-grüne Antwort auf die Krise der Arbeit ist aber nicht mehr verbreitet.

Was können wir von der neuen Mehrheit erwarten?

Diese Nicht-Wahl (s.o.) wurde nach den Regeln des Parlamentarismus zum Sieg der CDU in Solingen und wird somit reale Veränderungen zeitigen. Was dürfen wir erwarten? Erste Signale zeigen, wohin die Richtung geht: Der **Frauenunterausschuß** und der **Umweltausschuß** werden gestrichen, die **Stadtwerke** sollen teilprivatisiert werden, bei der **Jugendförderung** und beim **BBZ** werden schon bewilligte Stellen in Frage gestellt. Angekündigt ist der Komplettbau der **Viehbachtalstraße** als Abkürzungsautobahn von Monheim nach Wuppertal quer durch Solingen. Angekündigt ist der verschärfte Druck auf die **SozialhilfeempfängerInnen** bis hin zum Entzug des Lebensunterhaltes, sollten diese sich weigern, jede noch so erniedrigende Arbeit zu Billigtlöhnen anzunehmen. In Wuppertal schaffte die CDU nach dem 12. 9. zuerst die **Härtefallkommission** ab, die bei der Abschiebung von AsylbewerberInnen in besonders unmenschlichen Fällen ein Wort mitreden durfte. Eine solche Kommission hat rot-grün in Solingen gar nicht erst hervorgebracht, obwohl sie von antirassistischen Gruppen seit langem gefordert wird – das Beispiel zeigt aber, wohin auch in Solingen die Reise gehen wird.

Die Politik von rot-grün konnte sich nicht entscheiden, ob sie eine Verkehrspolitik versucht, die Bus und Bahn attraktiviert oder neue Straßen baut, ob sie versucht, den kommunalen Wohnungsbestand für den Schutz gerade der an den Rand gedrängten Menschen vor Obdachlosigkeit zu erhalten oder auf einen Ausverkauf des städtischen Wohnungsbesitzes setzt, ob sie auf eine Verstärkung der BürgerInnenmitwirkung setzt oder die Zahl der bürgernahen Bezirksvertretungen reduziert ... Trotz rühriger Versuche der Grünen, in einigen der spannenden Fragen (wenn auch nicht in allen) die Fahne der kommunalen Selbstverwaltung hochzuhalten und sich gegen einen Abbau der Verfügungsmöglichkeit der Kommune über Wohnungen, Energieversorgung, Grünflächen und öffentliche Plätze zu wehren, ist eine solche Politik nicht als Merkmal von rot-grün deutlich geworden.



Foto: Andi

Noch Ende Oktober posiert Franz Haug nicht nur im Rathaus sondern auch (schon etwas mitgenommen) an diversen Laternen in Solingen

Fragen grundsätzlicher stellen

Was nun? Die aktiven Menschen in Solingen, die eine Veränderung der Gesellschaft in eine ökologischer, sozialere und Minderheiten nicht diskriminierende Richtung wollen, werden erst einmal Bestandsaufnahme machen müssen, Fragen werden wieder grundsätzlicher gestellt werden müssen, als das Krisenmanagement von rot-grün es tat. Es wird neu zu klären sein, welche Bündnisse geschlossen werden können, welche Veränderungen selbstorganisiert geschaffen werden können, wo ein Stückchen Hoffnung auf eine menschliche Gesellschaft in dieser Stadt sichtbar werden kann. Wie die Kommunikationslosigkeit zwischen den vielen EinzelkämpferInnen selbst, zwischen politisch Aktiven und enttäuscht daneben stehenden, zwischen Deutschen und den 14% Menschen ohne deutschen Paß ... aufgehoben werden kann. Dabei wird es heute weniger darauf ankommen, in jeder Einzelfrage der kommunalen Selbstverwaltung mit einem etwas weniger schlechten Kompromißvorschlag präsent zu sein, sondern es wird darauf ankommen, ob mehr Menschen als bisher für Veränderungen gewonnen werden können und ob sie es schaffen, effektiven Druck auszuüben.

Dietmar Gaida



Foto: Andi

Mehr als einen Monat nach der Wahl ist von Ex-OB-Uibel nicht mehr viel übrig geblieben

dig die Erkenntnis, daß die Arbeit ausgeht – was für sich gesehen nichts schlimmes wäre – und daß in diesem System kein Platz ist für die wachsende Zahl derjenigen, die nichts mehr zur "Wertschöpfung" beitragen dürfen. Sozialdemokratische und grüne Politik antwor-

Was sonst noch in Solingen geschah

Ein subjektiver Rückblick auf die vergangenen drei Monate

Im September standen die zwei für Solingen wichtigsten Wahlen an: die Kommunalwahl und vor allem die Wahl von Miss Zöpfchen. Da die Kommunalwahl auf den Zöppkesmarktsonntag fiel und sich das Tageblatt vorgenommen hatte, mit mehr oder weniger dümmlichen Fragen an alle KandidatInnen beider Wahlen, den WählerInnen die Wahl zu erschweren, konnte man fast jeden Tag in Solingens führender Tageszeitung erfahren, dass man auf bekloppte Fragen (z. B. "Was ist dein Lebensmotto?") noch beklopptere Antworten geben muß (z. B. "Don't worry, be happy!"). Die Bewerberinnen für Miss Zöpfchen mußten sich außerdem gar überlegen was sie als erstes in der Clemens Galerie (ach ist das aufregend, wann kommt sie endlich) einkaufen würden. Geschätzte 90% entschieden sich für Anziehsachen, die anderen 10% für eine Kinokarte. Keine der Kandidatinnen gab jedoch explizit an, dass sie ihre Schuhcollection erweitern wolle. Da auch keine der Bewerberinnen sich für die naheliegende Antwort, einen Parkschein für die Tiefgarage, entschied, sollten sich die Stadtwerke bei dem vom Tageblatt erwarteten Ansturm von Gästen schnellstens überlegen, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen.

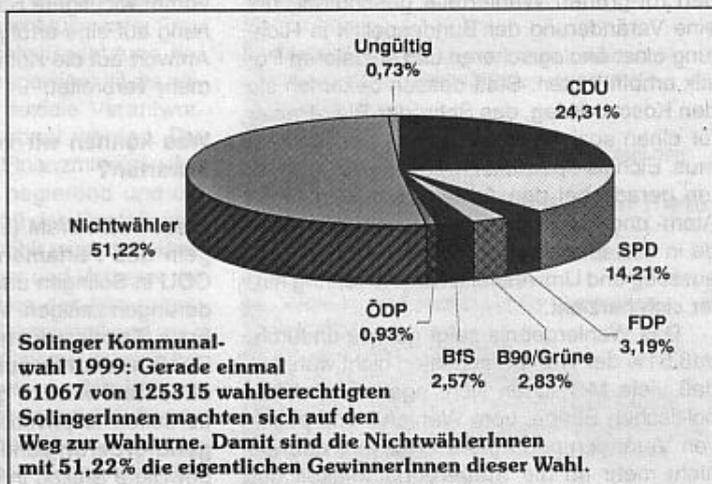
Dass sich auch erfahrene PolitikerInnen durch nur eine fatale Antwort auf die harmlosen Fragen des Tageblatts (wie, seit wann man in Solingen lebe; sehr wichtig bei der Wahlentscheidung, da echte Solinger keine Zugereisten wählen. Mußten sie übrigens auch nicht, da die überwältigende Mehrheit auch hier geboren wurde; oder auch wann der Eintritt in die Partei erfolgte; sehr interessant bei der BfS;) sämtliche Wahlichancen verbauen können, bewies ein Kandidat der Grünen. Dieser gab an, dass eines seiner Hobbys "Fußball (Schalke)" wäre. In dem eher zum Rheinland tendierenden bergischen Solingen kann man so natürlich keinen Blumentopf gewinnen.

Peinlich für die tacheles ist es, daß dieser Lapsus ausgerechnet unserem Redaktionsmitglied Frank Knoche unterlief.

Dass man um die richtige Antwort zu geben aber auch die richtigen Fragen braucht, weiß insgeheim auch das Tageblatt. In einer repräsentativen Studie vor der Wahl (diesmal Kommunal und nicht Miss Zöpfchen) erforschte das Solinger Tageblatt, die Meinung der BürgerInnen u. a. zu weiteren Straßenbauprojekten. So fragten die Interviewer die RepräsentantInnen: "... Halten sie eine Verbesserung der Anbindung der Stadt Solingen an die Autobahn A3 für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder ganz unwichtig?" und "Seit langem wird in Solingen eine Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr gefordert.... Halten sie diese Westumgehung für die Stadt Solingen für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder ganz unwichtig?" Das Tageblatt war dann von dem weniger wichtigen Ergebnis dieser ganz unwichtigen Umfrage sehr angetan. Denn tatsächlich meinten nur sehr wenige der Befragten, dass sie keine sehr wichtige Verbesserung und Entlastung haben wollten, sondern eher zu einer ganz unwichtigen Verschlechterung und Belastung tendieren würden.

So verwundert es auch nicht, dass der eher unwichtige Wolfgang P. Getta die Ursachen für das katastrophale Wahlergebnis von SPD und Grüne an ihrer Weigerung, diese schon lange vom Tageblatt geforderten Projekte umzusetzen, festmachte. Der Bundestrend

verstärkte lt. Getta nur die hausgemachte Pleite. Nur die geringe Wahlbeteiligung erklärt sich so ja nicht, so begeistert scheinen die Solinger von den sehr wichtigen Straßenbauprojekten auch nicht zu sein. Aber davon mal ab.



Wer eine solche Politik auf einer höheren sprich Bundesebene macht (Kosovo, Renten etc.) verdient es auch, dass diese Politik auch bei einer Wahl auf einer unteren in Solingen eben kommunalen Ebene vom Wähler abgestraft wird.

Mal wieder vergaßen die führenden Tageszeitungen, das Wahlergebnis vollständig abzdrukken. Diesmal fehlten die ungültigen Stimmen. Für viele der tacheles LeserInnen ein sicherlich nicht unwesentlicher Aspekt. Und hier ist Interessantes zu beobachten, stimmten bei der Wahl der Bezirksvertretung von 61067 WählerInnen immerhin 782 ungültig, sind es bei der Wahl des Stadtrats schon 850 und sogar 1062 WählerInnen machten bei der OB Wahl ihr Kreuz an der richtigen Stelle.

LEAL

**Ohne Kultur ist in Solingen nix los...
...ohne Werbung auch nicht!**

City Billboard GmbH
Werbeagentur
Ronsdorfer Str. 74
40233 Düsseldorf
Fn 0211 7334434
Fx 0211 7332811

Die Handballer der SG Solingen und die Firma Kissel: Sportlich erstklassig, politisch abstiegsgefährdet?

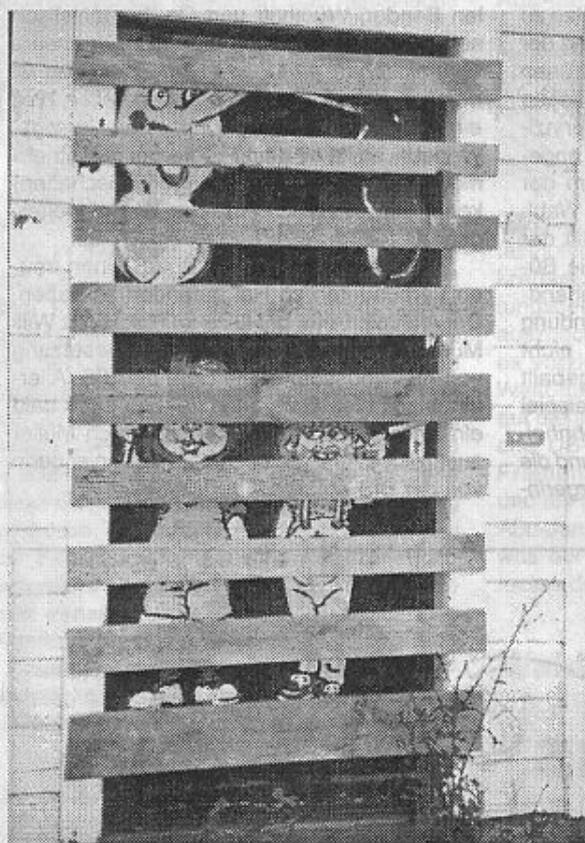
(HOB/kra) Solingen ist wieder auf dem besten Wege eine Handballhochburg zu werden. Eine erstklassige Mannschaft, ein Spitzen-Trainer und eine solide, langfristige Ar-

beit von Vereinsvorstand und Management, die Sponsoren, sowie das treue Publikum haben dafür die Grundlagen geschaffen. Mit der Aufnahme von Gunnar Kissel in den Wirtschaftsbeirat und der KISSEL-HEIMBAU GmbH & Co KG als Top-Sponsor begab sich der Verein jedoch auf ein gefährliches politisches Glatteis. Der Firmenbegründer und Inhaber dieses größten Solinger Bauunternehmens, Günther Kissel, ist ein bekennender Verehrer der Waffen-SS, ein gerichtlich bekannter Auschwitzleugner, rechtsextremer Drahtzieher und Volksverhetzer.

Sicherlich wäre ein erstklassiger Solinger Handballverein ein Imagegewinn für unsere Stadt. Da der Erfolg bekanntlich jedoch viele Neider produziert, könnte die Verbindung zu Kissel schnell kontrapro-

duktiv werden. Fans von konkurrierenden Mannschaften sind da überhaupt nicht zimperlich. Die Horrorvision, daß unsere Handballer auswärtig mit dem Hitlergruß und Sieg Heil begrüßt werden könnten, wäre gar nicht so realitätsfern: In Verbindung mit dem Brandanschlag von 1993 gebracht, bei dem Günther Kissel als zumindest geistiger Brandstifter bezeichnet wurde, entstünde da ein kaum wieder wettzumachender Imageverlust.

Gunnar Kissel, Günther Kissels Sohn, dem man nicht die politische Einstellung seines Vaters unterstellen sollte, hat diese Gefahr übrigens erkannt. Als Mitinhaber der Kissel Firmen bemüht er sich die Rolle seines Vaters in der Firma herunterzuspielen. Ein Blick ins Handelsregister macht jedoch deutlich: Sowohl bei der Firma KISSEL-HEIMBAU GmbH & Co KG als auch in der KISSEL-RAPID GmbH & Co KG hält Günther Kissel 60 % der Kommanditeinlagen (insgesamt liegt die Höhe der Kommanditeinlagen bei 1,6 bzw. 1,5 Mio. DM). Sein Sohn Gunnar Kissel hat in beiden Firmen nur Anteile von 40 %. Für beide Firmen wurden Verwaltungs-GmbHs gegründet, in denen Günther Kissel und Gunnar Kissel als Geschäftsführer fungieren, die jeweils alleinvertretungsberechtigt sind. Das bedeutet, daß sich Günther Kissel ganz und gar nicht aus der Firma zurückgezogen hat und immer noch die Mehrheit der Geldeinlagen hält und somit das Sagen hat. Auszuschließen ist also weiterhin nicht, daß – wie bisher – von Günther Kissel neofaschistische und rassistische Organisationen finanziert werden.



Hänsel & Gretel wieder eingesperrt! Gesehen auf der Hochstr. 20 in Ohligs. Der Kindergarten soll abgerissen werden und es baut jetzt Kissel Eigentumswohnungen. "Eine tolle Vorstellung" – so die Kissel-Reklame.

SOS-Rassismus Solingen e.V.

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

- ★ organisiert Aktionen, Veranstaltungen und Projekte um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern (Internationale Festivals, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, Kulturveranstaltungen etc.)
- ★ berät, vermittelt und hilft Menschen, die rassistischen Bedrohungen oder Diskriminierungen ausgesetzt sind.
- ★ ist im Bereich der Flüchtlings- und Asylarbeit aktiv.
- ★ arbeitet mit vielen Initiativen zusammen und übernimmt deren ehrenamtliche Arbeit.
- ★ ist wachsam gegenüber ausländerfeindlichem Verhalten und rechtem Gedankengut.

Informationen unter: Postfach 101191 42611 Solingen
Telefon (0212) 201000 · Fax (0212) 205137

Menschen, die sich gerne ehrenamtlich engagieren oder Mitglied werden wollen und herzlich willkommen.

Spendenkonto 31310
Stadtsparkasse Solingen
BLZ 34250000



Was macht eigentlich **Kriegsverbrecher Weise?**

(HOB) Die Dokumentation "Der Blinde" über den Umgang mit dem Kriegsverbrecher Gottfried Weise, herausgegeben von Peter Nied, wirft Fragen auf. Seit April 1997 lebt der als "Wilhelm Tell von Auschwitz" bekannte, wegen mehrfachen Mordes rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilte Solinger Gottfried Weise in Freiheit. Man wolle dem angeblich todkranken Mann die Gnade erweisen, im Kreise seiner Familie sterben zu dürfen, verlautete es hinter vorgehaltener Hand. Seitdem sind zweieinhalb Jahre vergangen. Der KZ-Aufseher, welcher keine Gnade kannte, profitiert immer noch von Johannes Rau's Haftverschonungsentscheid, obwohl über ein Gnadengesuch bis heute weder positiv noch negativ entschieden wurde. Die Erteilung einer Haftverschonung ohne über ein Gnadengesuch entschieden zu haben, ist erstens juristisch äußerst ungewöhnlich und zweitens, bezüglich der Dauer dieses Provisoriums, ein unerträglicher Zustand, hinter dem System zu stecken scheint.

An der BfS scheiden sich die Geister

Müller (ÖDP) verkauft sich an den Meistbietenden,
Grüne gegen Rassismus der BfS

(HOB) Die aus ehemaligen CDU-Funktionären und einigen Ex-SozialdemokratInnen bestehende Nicht-Partei sucht im Rat verzweifelt nach Bündnispartnern, um in die Ausschüsse zu kommen. Die CDU will dies um jeden Preis verhindern und wäre sogar bereit, den Grünen mehr Ausschußplätze zu geben, wenn die sich an der Abstrafung der Abtrünnigen beteiligen würden. Den Grünen widerstrebt zwar dieser undemokratische Umgang mit den kleinen Fraktionen prinzipiell, andererseits sträuben sich ihnen, angesichts eines, als Ausländerprogramm der BfS bezeichneten Flugblattes aus dem Wahlkampf, noch immer die Haare. Im Stil der REP's und der DVU bezeichneten die BfS darin Albaner pauschal als Drogenhändler, Zuhälter und Kriminelle. Als Begründung dafür, daß "anständige" Ausländer nicht mehr länger in Ghettos zusammengeballt werden sollten, führte die BfS als Beispiel an, daß ja auch in "reinen Männerwohnheimen die bekannten Alkoholprobleme und die vermeidbaren Belästigungen von Bürgerin-

nen und Bürgern unserer Stadt" entstehen würden. Woraus wir von der BfS lernen, daß 'der Ausländer' an sich schlecht ist, weil selbst die anständigsten unter ihnen, zusammengeballt, zu einer Belästigung für die Gemeinschaft der Deutschen würden. Trotzdem wollen Bender, Wüsthoff und Co. humanistisch sein, denn "Wer glaubt, sich nicht in unsere Gemeinschaft einfügen zu müssen, der ist herzlich aufgefordert, sich in der weiten Welt eine Bleibe zu suchen, die ihm besser zusagt." Wobei, – so ist es dem Programm zu entnehmen – die BfS nur Familien(gemeinschaften) kennt, die "christlich-ethische Werte" weitergeben.

Trotzdem scheinen die BfS einen treuen Verbündeten im Rat gefunden zu haben. Der Alleinvertreter der ÖDP im Rat, Heinz Willi Müller, stimmte bei der bisherigen Besetzung von Ausschüssen für die Liste der BfS. Allerdings soll dies Gerüchten zufolge auch bald ein Ende haben. Die CDU versprach Müller zusätzliche Ausschußpöstchen, wenn er denn von der BfS ablasse.

Wir haben es nötig!

25 DM für ein Jahr
tacheles frei Haus!
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 330 101 11
Konto 297 349 6300
Kontoinhaber ist Pauline Ehl
Stichwort tacheles-Abo



Soziale Schieflage beim Sparpaket

Wo soll wieviel gespart werden?

Von den bis zum Jahre 2003 vorgesehenen 150 Mrd. DM Einsparungen im Sparpaket der Bundesregierung sollen allein 67 Mrd. im Sozialbereich anfallen. Bei den 30 Mrd. Einsparungen im ersten Jahr sind 13 Mrd. im Bereich Arbeit und Soziales vorgesehen. Am stärksten belastet werden Arbeitslose, RentnerInnen, Jugendliche und die Kommunen. Um 8 Mrd. werden gleichzeitig die Unternehmen entlastet. Die Vermögenssteuer soll wegfallen, obwohl sie im Koalitionsvertrag vereinbart war. Rezzo Schlauch fordert darüber hinaus, den Freibetrag für die Gewerbesteuer weiter zu erhöhen. Auch der Militärhaushalt wird weitgehend verschont.

Gespart werden soll bei den Renten, dem Arbeitslosengeld, der Arbeitslosenhilfe, dem Unterhalts- und Übergangsgeld, der Sozialhilfe, der Pflegeversicherung, beim Wohngeld, beim Sozialen Wohnungsbau, der Aids-Hilfe, der Künstlersozialkasse, beim Zivildienst und bei der Erforschung erneuerbarer Energien.

Die konkreten Auswirkungen der einzelnen Sparmaßnahmen verdeutlicht die soziale Schieflage der Bundesregierung.

● **Renten:** Allein bei den Renten sind Kürzungen von 22,5 Mrd. DM bis 2003 vorgesehen, obwohl die alte Bundesregierung hier 1997 bereits 60 Mrd. DM gekürzt hatte. Die RentnerInnen werden als diejenigen hingestellt, die mit ihren hohen Bezügen die Zukunft nachkommender Generationen verfrüh-

stücken würden. Bei durchschnittlich ausgezahlten Renten von 1800 DM für Männer und 1300 DM für Frauen, wobei über die Hälfte der RentnerInnen diese Standardrente noch nicht einmal erreichen, ein perfider Vorwurf.

sehen, obwohl die Arbeitslosenhilfe im Durchschnitt nur 1050 DM beträgt. Da sich die Rentenbeiträge und -ansprüche für Langzeitarbeitslose demnächst nur noch nach der ausgezahlten Arbeitslosenhilfe richten sollen, ist



Frauen mit sogenannten unsteten Lebensläufen werden vom Sparpaket besonders hart getroffen

Die Entrichtung der Rentenversicherungsbeiträge für **Zivildienstleistende** sollen auf eine Basis von 60 % der Bezugsgröße gekürzt werden.

● **Arbeitslose:** Bereits 1997 wurde bei der Arbeitslosenunterstützung 38 Mrd. weggespart. Für Langzeitarbeitslose hat die neue Bundesregierung nun weitere Einkommenskürzungen zwischen 1,4 % und 2,3 % vorge-

ein Verlust an monatlichen Rentenansprüchen um die Hälfte, bis zu zwei Dritteln vorprogrammiert. Hier sollen bis zum Jahre 2003 17,6 Mrd. eingespart werden. Für diejenigen, die aufgrund mangelnder Bedürftigkeit gar keine Arbeitslosenhilfe bekommen, werden demnächst überhaupt keine Rentenbeiträge mehr abgeführt. Vorgesehen ist weiter die generelle Streichung der einjährigen (originären) Arbeitslosenhilfe, von der Referendare, Wehr- und Zivildienstleistende und Jobber betroffen sind. Die können sich dann den Umweg über das Arbeitsamt sparen und direkt zum Sozialamt gehen. Versuche der Kohlregierung, diese Streichung durchzusetzen scheiterten bisher am Widerstand u.a. der SPD in der Opposition. Mit Einsparungen in diesem Bereich würden vor allem Frauen mit sogenannten unsteten Erwerbsverläufen bestraft. Mit diesen Maßnahmen wird die generelle Abschaffung der Arbeitslosenhilfe vorbereitet.

● **Sozialhilfe:** Erwogen wird auch die Anpassung der Sozialhilfe-Regelsätze lediglich an die Teuerungsrate, anstatt wie bisher an die höhere Inflationsrate. Das war noch unter der CDU/FDP-Regierung an der rot-grünen Bundesratsmehrheit gescheitert. Beim **Wohngeld** für SozialhilfeempfängerInnen will der Bund 2,3 Mrd. und bei der **Unterhaltsvorschußleistung** 827 Mio. DM sparen. Ob und wie die maroden Kommunen dafür aufkommen werden, ist bisher noch völlig ungeklärt.

Während beim Sozialen **Wohnungsbau** 69 Mio. DM eingespart werden, soll die Ei-



Reisebüro Dream

Reisen, Versicherungen, Zeitschriften

Entenpfuhl 1-3
42651 Solingen
fon 0212 / 224 51 23
fon 0212 / 224 37 14
mobil 0172 / 730 21 69
Fax: 0212 / 224 51 24

Inh. Aydin Dogan

Öffnungszeiten: Mo-Fr 6.00-19.30 Uhr
Sa 8.00-15.00 Uhr

genheimzulage nur geringfügig gekürzt werden. Bei der Erforschung erneuerbarer Energien sind bis 2003 Einsparungen von 244 Mio. DM vorgesehen, die Mittel zur Erforschung der Kernfusion bleiben jedoch unangetastet.

Die am wenigsten haben, sollen das meiste geben

Etwa 45 % der einzusparenden Summe würde so vor allem das untere Viertel der Gesellschaft treffen, welches lediglich über 2 % des Geldvermögens verfügt. Das obere Viertel der Gesellschaft, welches über 70 % des Geldvermögens besitzt, würde dagegen, wie bei der Kohlregierung, weiter verschont und sogar entlastet. Die Argumentation der Regierenden, wonach nur durch drastisches Sparen vor allem im Sozialbereich die politische Handlungsfähigkeit wieder erlangt werden könnte und es dazu keine Alternative gäbe, ist blanke Demagogie. Allein die Frage nach den Ursachen des Haushaltsdefizits und wie es dazu kam, daß es sich innerhalb von nur zehn Jahren von 500 Mrd. auf 1,5 Billionen DM verdreifachte, gibt doch die Antwort darauf, wer sich auf wessen Kosten die Taschen vollgestopft hat.

Trotz gigantischer Umverteilung während 16 Jahren Kohl

Der 16jährige Umverteilungsprozeß von unten nach oben, betrieben von der Kohlregierung, hat dazu geführt, daß das Geldvermögen in privater Hand von 1980 bis 1996 um 245 %, auf die Summe von über 5 Billionen DM angestiegen ist. Allein in 1998 versechsfachten die Großbanken ihre Gewinne. Löhne und Gehälter jedoch stagnieren seit Jah-

ren und sanken 1996 zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes, wobei ihr Beitrag zum Steueraufkommen ständig weiter stieg. Der Anteil der Einkommenssteuer an allen Steuern sank von 1960 bis 1995 von 14,3 % auf 1,8 %. Die selbständigen Haushalte müssen von ihren Bruttoeinkünften im Schnitt nur 17,4 % für öffentliche Aufgaben abgeben, die Angestellten – im Vergleich – jedoch 33,8 %. Hätten wir derzeit in Deutschland die Steuer-

sätze der 80er Jahre von Helmut Schmidt, dann würden die öffentlichen Haushalte über etwa 110 Mrd. DM mehr verfügen.

Anstatt wie vor der Wahl versprochen, wieder soziale Gerechtigkeit zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, bekämpft diese Regierung die sozial Geschwächten und die Arbeitslosen. In einem jedoch hat der Kanzler völlig recht: "Wer das Sparpaket nicht versteht ist blöd." Die WählerInnen haben verstanden. **Frank Knoche**

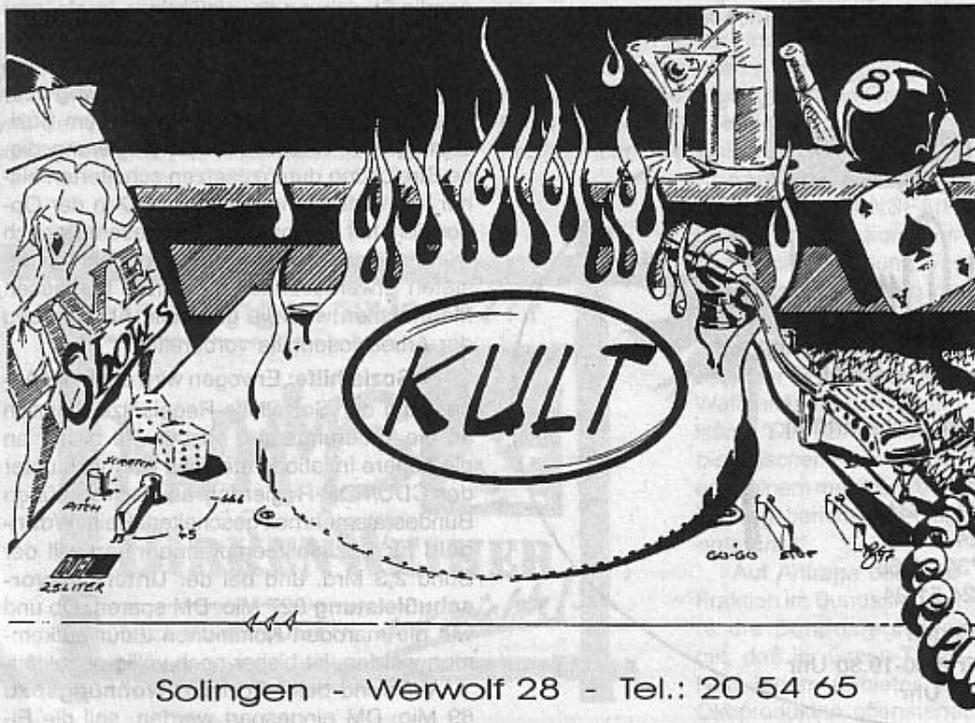
Im Gedenken an einen Unbekannten

9.9.99. Toller Tag zum Heiraten. Macht sich so gut im Trauschein. Ich jedoch bin das ärmste Schwein der Welt, muss Klausur in Köln schreiben, habe Angst und bin seit Tagen unausstehlich. Am 9.9.99 supertolles Wetter und Zug fahren mag ich auch. Vielleicht bestehe ich ja doch. Typ lässt mir am Ausgang zu Gleis 1 den Vortritt – nett, alles wird gut. Setzt sich auf der Bank neben mich – lass' mich bloß in Ruhe, muss mich mental auf die Klausur vorbereiten! Weiter rechts auf der Bank Gespräche über den Hochzeitstag 9.9.99 – die haben Sorgen. Zug wird angekündigt, gehe wie immer ganz nach oben auf dem Bahnsteig in Solingen-Ohligs. Sollen sich die anderen doch in der Mitte knubbeln. Zug in Sicht – Typ von der Bank ist auch aufgestanden. Wo hat der denn sein Gepäck gelassen? Typ geht näher zur Bahnsteigkante.

Sieht der den Zug denn nicht kommen? Geht noch näher an die Kante – der wird doch nicht...? Zug ist noch 2 m von ihm weg – oh, Scheiß!!! Ich drehe instinktiv den Kopf weg, kneife die Augen fest zu und halte mir die Ohren zu bei dem ohrenbetäubenden Quietschen der Bremsen Stille.....

Ich stehe gottverlassen auf dem Bahnsteig und weiß irgendwie, dass dieser Zug so schnell nicht weiterfährt. Halte mir die Augen zu und gehe zurück. Öffne die Augen und sehe, wie die Leute in den Zug einsteigen – haben die denn nichts mitgekriegt? Steige auch ein, vielleicht ist er ja doch nicht gesprungen. Dann die Durchsage, dass der Zug erst mal nicht weiterfährt. Meine Hoffnung ist hin. Öffne ein Fenster und höre, wie ein Bahnbediensteter Leute anspricht, ob sie gesehen haben, von wo der Mann gesprungen ist. Schulterzucken. Das gibt's doch nicht!! Bin ich die Einzige, die was gesehen hat? Die standen doch viel näher dran als ich! Mache meine Aussage bei der Polizei, weiß nicht viel, aber zumindest, dass niemand ihn geschubst hat und dass da noch sein Gepäck rumsteht und fahre dann mit einem anderen Zug und einem dicken Klumpen im Magen zur Klausur, die inzwischen unwichtig geworden ist - oder nicht?

"Einstellungen und Einstellungsänderungen" ist das Thema. Psychologie. Ich studiere all' das Zeug's, weil ich die Hoffnung habe, irgendwann in diesem meinem Leben mal die Chance zu haben, die Welt ein wenig lebenswerter zu machen. Sicher, mit einem freundlichen Lächeln hätte ich den Mann, der noch keine 40 war, bestimmt nicht vor seinem Sprung aus diesem Leben gerettet, möglicherweise haben seine Familie und Freunde auch alles Erdenkliche getan, um ihm zu helfen. Trotzdem bleibt für mich die Frage, ob ich etwas hätte tun können. Vielleicht beim nächsten Mal, vielleicht sogar bei jemandem, den ich gut kenne, aber dann bin ich wie die meisten Menschen wahrscheinlich wieder viel zu sehr mit mir selber beschäftigt..... **Andrea**



Frauenausschuß von Streichung bedroht

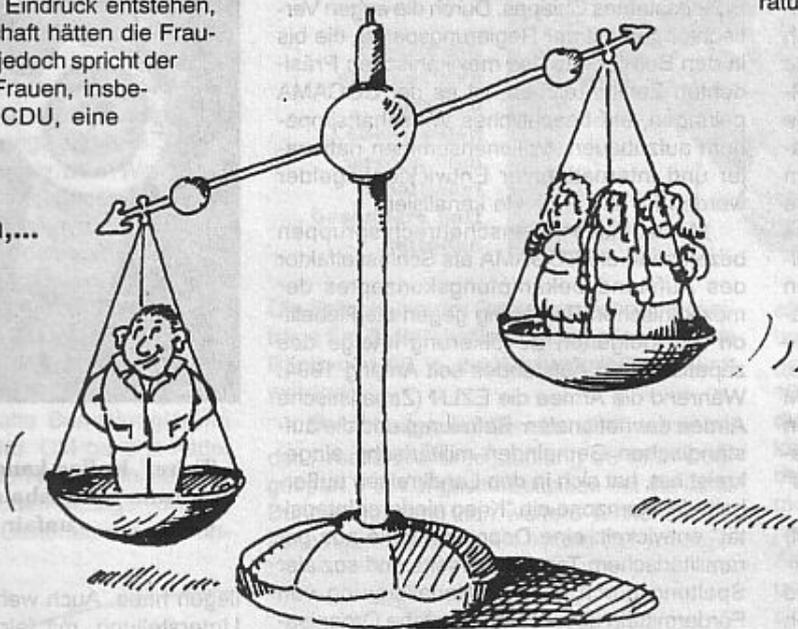
Auch wenn es die Einzelne vielleicht noch nicht konkret zu spüren bekam: Seit September weht ein anderer Wind in unserer Stadt. Dabei ist zu befürchten, daß vom kommunalpolitischen Machtwechsel zu allererst diejenigen betroffen werden, welche bei der Solinger Bevölkerung zwar prozentual betrachtet die Mehrheit darstellen (über 50%), jedoch immer noch verhältnismäßig wenig Einfluß auf politische Entscheidungen und die Verwendung von städtischen Geldern haben: die Frauen. Stellen die Frauen unter den Ratsmitgliedern aller Parteien einen Anteil von 34% dar, so sind es bei der CDU 31% und der FDP nur 25%, bei der SPD 41% und den Grünen 50%. Hier soll nicht der Eindruck entstehen, unter Rot/Grüner Herrschaft hätten die Frauen leichtes Spiel gehabt, jedoch spricht der prozentuale Anteil der Frauen, insbesondere bei FDP und CDU, eine deutliche Sprache.

Frauenbelange sollen vom Tisch,...

Nun steht außerdem zu befürchten, daß in der Ratssitzung am 11.11.1999 der seit vier Jahren existierende 'Unterausschuß für Frauen- und Gleichstellungsfragen' beerdigt wird. Wurde diesem Ausschuß in der Vergangenheit lediglich das Recht eingeräumt Empfehlungen auszusprechen (jedoch verwehrt eigene Beschlüsse zu fassen!), sollen die Frauenbelange nun ganz vom kommunalpolitischen Tisch. Eine wichtige Instanz, welche die verschiedenen In-

teressen und Bedürfnisse der Frauen in dieser Stadt gebündelt und überhaupt erst zur Sprache gebracht hat, würde dann verloren gehen – ein schwerer Verlust für die Solinger Fraueninitiativen, -vereine und -institutionen.

So wurde im Frauenausschuß bisher nicht nur die Arbeit der Gleichstellungsstelle eingebracht und reflektiert, sondern vor allem inhaltlich zu verschiedenen frauen- und minderheitenspezifischen Themen gearbeitet. Zweimal wurde



von Expertinnen über die Situation der Migrantinnen in Solingen berichtet; Kinderbetreuung unter dem Aspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf war ebenso Thema wie



das Stadtteilprojekt 'Mädchentour durch die Fuhr', welches im Ausschuß von den Mädchen selbst vorgestellt wurde. Auch das tabuisierte Thema 'Prostitution' wurde diskutiert, was zu dem Ergebnis führte, daß es nun beim Gesundheitsamt eine Ansprechpartnerin für Prostituierte gibt und die entsprechende Beratungsarbeit koordiniert wird.

...Widerstand formiert sich!

Die UnterstützerInnen und GegnerInnen des Frauenausschusses lassen sich übrigens nicht so einfach nach Parteibuch differenzieren; es gibt durchaus parteiübergreifend BefürworterInnen für einen Frauenausschuß und für eine Erweiterung seiner Kompetenzen.

Für den "Erhalt der kommunalen Frauenstrukturen" hat sich nun auch ein Initiativkreis gegründet, bestehend aus Frauen verschiedener Verbände, Institutionen und Parteien. Mit einer Unterschriftenliste fordert die Initiative die "Besetzung der offenen Stelle bei der Gleichstellungsstelle" und die "Bildung eines Frauenausschusses mit Entscheidungskompetenzen". Es wäre schön, wenn möglichst viele Frauen und Männer der Ratssitzung am 11.11. um 16.30 Uhr beiwohnen, um diese Forderung zu unterstützen.

Eva Thomas



Garten

Thomas Wendt
Odentaler Weg 225
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon
81 73 73

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Straße 3, Tel.: 273635

Öffnungszeiten:
Montag 15-18 Uhr
Dienstag 10.30 - 15 Uhr
Mittwoch bis Freitag 10.30 - 18 Uhr
Samstag 11-15 Uhr



Außerhalb der
Öffnungszeiten kann
das Café für
Veranstaltungen und Feste
gemietet werden.

Biodynamische Aufstandsbekämpfung in Chiapas

LEBENSBAUM-Kaffee wurde TRANSFAIR-Siegel entzogen

Die Firma LEBENSBAUM, die bereits vor zwei Jahren den mexikanischen Bio-Kaffee der Finca Irlanda aus dem Handel zurückziehen mußte, nachdem herauskam, daß auf dieser Finca, die anthroposophisch ausgerichtet ist und von DEMETER in Bezug auf den ökologischen Landbau hin kontrolliert wird, weder die sozialen Mindeststandards eingehalten noch der Mindestlohn von 3 Pesos je Arbeitstag gezahlt wird, geriet nun auch mit dem Nachfolgeprodukt dieses Kaffees in die Schlagzeilen.

In hiesigen Bioläden wird Kaffee der Kooperative Otilio Montaa (UDEPOM) mit Sitz in Motozintla, Chiapas, verkauft. Dieser Kaffee der Firma Lebensbaum wird ökologisch von Naturland zertifiziert und von der Finca Irlanda kontrolliert, ist mit dem TRANSFAIR-Siegel versehen. Dieses Siegel steht für die Idee, mehr soziale Gerechtigkeit für kooperative ProduzentInnen in Entwicklungsländern zu erreichen. Darüber hinaus unterstützt die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) des deutschen Entwicklungshilfeministeriums die Vermarktung der ökologischen Produkte der UDEPOM über ihr Green-Trade-Netz. Der von TRANSFAIR zertifizierte Mexico-Kaffee - ein hochwertiger Bio-Kaffee, wird in Deutschland immerhin für 30,00 DM pro Kilo an gutgläubige VerbraucherInnen verkauft. Es zeigt sich jedoch, daß kooperativ produzierter Kaffee nicht automatisch "fair" ist.

Die Kooperative Otilio Montaa (UDEPOM) ist aufs Engste mit der chiapanekischen Organisation SOCAMA verflochten. Letztere wird von mexikanischen Menschenrechtsgruppen und der Presse als Nährboden der Todeschwadron "Paz y Justicia" qualifiziert, die für

über 300 Todesopfer und mehrere tausend vertriebene LandbewohnerInnen verantwortlich gemacht wird. Die SOCAMA finanziert sich durch staatliche Unterstützung genauso wie durch Beiträge ihrer Mitgliedsgenossenschaften. Der SOCAMA-Funktionär Silvano Hernandez Gómez wird beschuldigt, im April 1998 im großen Stil die Versorgung paramilitärischer Gruppen mit Waffen organisiert zu haben. Der Gründer und General von "Paz y Justicia", der Schuldirektor Samuel Sachez Sanchez, ein weiterer SOCAMA-Funktionär, saß bis zum Ablauf seiner Wahlperiode 1998 für die Staatspartei PRI im Parlament des Bundesstaates Chiapas. Durch die engen Verflechtungen mit der Regierungspartei, die bis in den Beraterstab des mexikanischen Präsidenten Zedillo reichen, ist es der SOCAMA gelungen, ein beachtliches Wirtschaftsimperium aufzubauen. Millionensummen nationaler und internationaler Entwicklungsgelder werden für ihre Projekte kanalisiert.

Mexikanische Menschenrechtsgruppen bezeichnen die SOCAMA als Schlüsselfaktor des Aufstandsbekämpfungskonzeptes der mexikanischen Regierung gegen die Rebellion der indigenen Bevölkerung infolge des zapatistischen Aufstandes seit Anfang 1994. Während die Armee die EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) und die aufständischen Gemeinden militärische eingekreist hat, hat sich in den Landkreisen außerhalb der Kernzone ein "Krieg niedriger Intensität" entwickelt: eine Doppelstrategie aus paramilitärischem Terror einerseits und sozialer Spaltung durch gezielte Kanalisierung von Fördermitteln über regierungsnahe Organisationen andererseits. Regierungsunabhängige ProduzentInnenvereinigungen, wie die Kaffee-

Berichte von Menschenrechtsgruppen mache sie aber zum Gegenstand des entwicklungs-politischen Dialoges mit der jeweiligen Partnerregierung. Die GEPA teilt mit, daß Naturland, die auch ihre Produkte zertifiziere, die Produkte nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus beurteile, aber keine Richtlinienkompetenz für soziale und politische An-

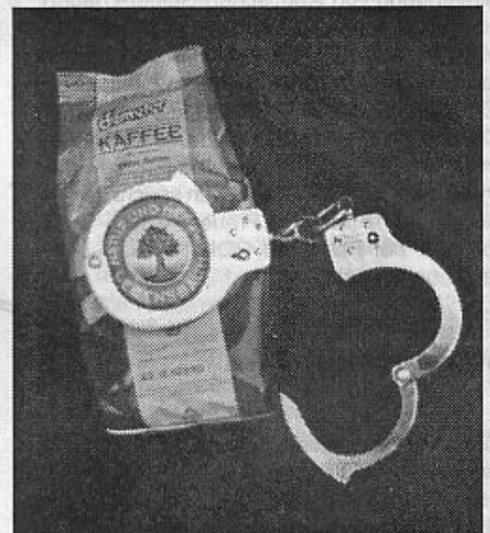


Foto: Andi

'Fairer' Kaffee kann -wie der von der Firma Lebensbaum - ganz schön unfair sein.

liegen habe. Auch wehre sie sich gegen die Unterstellung, mit fair gehandeltem Kaffee werde die Unterdrückung von Bevölkerungsgruppen unterstützt. TRANSFAIR teilte auf Anfrage zunächst mit, daß sie sich in Chiapas, wo teilweise offener Bürgerkrieg herrsche, (partei-)politisch neutral gegenüber ihren Partnern verhalte. Aktuell wurde allerdings mitgeteilt, daß UDEPOM das Siegel entzogen wurde, da der Geschäftsführer Gelder veruntreut habe und ihm Korruption nachgewiesen wurde.

Der Verbraucher sollte von TRANSFAIR und Naturland mehr Transparenz fordern: Auf jeder Verpackung eines zertifizierten Produktes sollte seine Herkunft kenntlich gemacht sein. Die Produkte der Firma LEBENSBAUM sind, bei aller Kritik, mit der Herkunftsbezeichnung nämlich leider eine Ausnahme. Selbst die ansonsten im fairen Handel löbliche Gesellschaft GEPA verzichtet auf eine genaue Herkunftsbezeichnung. Ohne diese wird aber eine Kontrolle durch den Konsumenten von vornherein vermieden.

iguana



Pennsylvania/USA:

Abu-Jamals Leben am seidenen Faden

(om) Die für den 2. Dezember angeordnete Hinrichtung des seit 17 Jahren im Gefängnis sitzenden preisgekrönten schwarzen Journalisten und Antirassisten („voice of the voiceless“) Mumia Abu-Jamal hat einen weltweiten Proteststurm ausgelöst. Dabei ist für alle ProzeßbeobachterInnen, die nicht gleich mehrere Bretter vor dem Kopf haben, inzwischen längst klar geworden, daß rassistische Einstellungen des Vorsitzenden Richters Sabo (mit bislang 35 Todesurteilen - davon 33 gegen Schwarze - US-Rekordhalter) die skandalöse Verurteilung des Freiheitskämpfers veranlaßt und begründet haben.

Völlig konträr war das wirkliche Geschehen: Rassistische Polizisten haben Mumia bei der Kontrolle eines mit Schwarzen besetzten PKW in die Brust geschossen, den am Boden Liegenden, der daraufhin lange Zeit mit dem Tod rang, ins Koma getreten. Mumia selbst bezeichnet den Anschlag vom Dezember 1981 als Versuch, ihn auf offener Straße hinzurichten. „Der gegen mich gerichtete Prozeß ist die Konsequenz ihres Scheiterns bei diesem Versuch.“ Viel später, als klar war, daß er überlebt hatte, haben ihn die ermittelnden Behörden als den ursprünglich über 100 kg schweren Tatverdächtigen stilisiert - der bei der Fahrzeugkontrolle einen Polizisten erschossen, den Tatort fluchtartig und unverletzt verlassen habe und auf den sich alle Fahndungen gerichtet hatten.

Kaum zu verstehen ist, was sich die WählerInnen des Gouverneurs Ridge, denen dieser mit der kaltschnäuzigen Anordnung der

Hinrichtung zu imponieren weiß, vom Tod eines unschuldigen Linken versprechen. Klar, ein Schauspiel von Leben und Tod, was ihre verrückten Nerven kitzelt - wie gleichgültig muß ihnen ein Mensch erscheinen, der sich in jahrelangem Ringen ein Recht auf Leben regelrecht verdient hat, und wie abgrundtief unfair ist es, Abu-Jamal aus niederen politischen Motiven getötet sehen zu wollen! Daß der Staat den Henker stellt, heißt doch nicht, daß es kein Mord wäre. Es ist Mord - der übelsten Sorte.

In den Vorzimmern Bill Clintons gehen täglich Protestnoten ein, die auf Außerkraftsetzung des Hinrichtungsbefehls drängen. Nicht auszuschließen ist, daß der es vorziehen wird, vor der Weltöffentlichkeit mit Blick auf die sieg- und segensreiche US-Kriegführung den Friedensengel zu mimen und als Faustpfand dieses Promotionseffekts Abu-Jamal lieber lebendig als tot haben will - was der amerikanische Präsident dem blutleckenden Gouverneur Ridge dann gewiß

rechtzeitig mitteilen wird. Der unschuldige Abu-Jamal wird seinen Kampf aus dem Gefängnis heraus weiter fortsetzen. Wenn er auf die internationale Solidarität nicht setzen könnte, wäre er verloren. Teil dieser Solidarität bin ich, bist du, sind wir. Achtet auf aktuelle Veranstaltungen und Aktionen!

Protestfaxnummern: Gouverneur Tom Ridge 001-717-7721198, Justizministerin Janet Reno: 001-202-514 4371, Spendenkonto: Dr. H.-J. Schneider, Hamburger Sparkasse, Konto-Nr. 1045 798 319, BLZ 200 505 50, Stichwort „Free Mumia Abu-Jamal“



Eine der zahlreichen Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung Mumia Abu Jamals - hier in Berlin.

Letzter Stand der Dinge bei Redaktionsschluß: Der Hinrichtungstermin am 2. Dez. ist aufgehoben. Über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren ist noch nicht entschieden.

Waldenburg/Sachsen

Freispruch für antifaschistische Courage

(om) Zwei mutige junge Männer, die zusammen mit anderen dem Angriff eines bewaffneten Nazitrupps auf einen Dönerstand in Waldenburg/Paroli geboten hatten, wurden vom Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen - immerhin war das Gericht bereit anzuerkennen, daß ihr Widerstand in Notwehr erfolgt sei.

Informativ, was Marcel Zina, einer der beiden jungen Männer, zu der aktuellen Situation in seinem Heimatdorf zu sagen hatte: Nazis „warben an Schulen geduldet um Mitglieder. Bald sah man ab der 9. Klasse fast nur noch Bomberjacks und Springerstiefel. Die Oberstadt ist in Nazi-Hand. Linke sind nur noch in der Unterstadt relativ sicher. Der Bürgermeister legt im Rathaus Broschüren des 'Schutzbundes des deutschen Volkes' aus und bekam selbst schon eine Anzeige wegen Volksverhetzung. Erstattete Anzeigen wegen Überfällen durch Rechte gehen regelmäßig ins Leere, das öffentliche Strafverfolgungsinter-

esse wird verneint, der Anzeigenerstatter wird auf den 'Privatklageweg' verwiesen. Die Polizei erscheint bei Auseinandersetzungen kaum oder wertet es als Provokation, wenn wir eine Pizza in der Oberstadt kaufen, denn das ist ja Nazigebiet...“ Es ist wahr, Jungnazitum und Staatsorgane ergänzen sich prächtig bei der Installation braunen Straßenterrors - der Anzeichen sind zu viele, das Ganze hat System.

Gerade deshalb aber haben Marcel und seine MitstreiterInnen den Kopf nicht in den Sand gesteckt: „Beispielsweise entsorgten wir am helllichten Tag alle Plakate, die die Nazis gerade nachts geklebt hatten. Schüler machten über Eltern Druck auf Lehrer, von denen wir wußten, daß sie die Nazi-propaganda an der Schule dulden. Und wir gruben die Stadtchronik von 1933 bis 39 aus, um den Leuten zu zeigen, wohin das Schweigen führen kann.“ (Marcel Zina in „Junge Welt“ vom 19.10.99)

Klasse, wie die vorgehen. Respect! Nehmt Euch ein Beispiel!

MESSE-
STÄNDE

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Augustinerstr. 18
42719 Solingen

Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

PIZZA BELLA

ONLY



TEL : 0212 / 12157

TEL & FAX 0212 / 12511

Blumenstraße 43
42655 Solingen

Di - Fr von 9 bis 22 Uhr

Sa. von 11.30 bis 22 Uhr

Sonn und Feiertags von 17 bis 22 Uhr

Montag Ruhetag

Lieferzeiten: Täglich von 11.30 bis 14.00 Uhr

und von 17.00 bis 22.00 Uhr

Sa. und an Sonn -u. Feiertagen von 17 bis 22h

Ost-Timor - Spielball des IWF?

Ost-Timor liegt im Gegensatz zum Kosovo am anderen Ende der Welt. Trotzdem gibt es viele Parallelen. Vor allem solche, daß ehemalige Kolonialmächte und neue Großmächte mit dem Elend der Menschen dort, unter dem Vorwand humanitäre Hilfe leisten zu wollen, ihr 'Spiel' um Macht und Einfluß betreiben.

Der Ausbruch der Gewalt in Ost-Timor war vorhersehbar. Der Westen und insbesondere die USA und die BRD unterstützten den Suharto-Clan, der durch eines der blutigsten Massaker des 20. Jahrhunderts in Indonesien an die Macht kam. Die permanenten Verstöße gegen Menschenrechte, sowie die völkerrechtswidrige Besetzung der ehemaligen portugiesischen Kolonie Ost-Timor durch Indonesien wurden hingenommen und mit materieller und militärischer 'Entwicklungshilfe' belohnt. Mit dem Ende des Kalten Krieges sowie dem Aufstieg Indonesiens zu einem asiatischen 'Tigerstaat', der später von der 'Asienkrise' am härtesten getroffen wurde, erwies sich das alte Regime als untauglich. Mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde eine Öffnung Indonesiens zu Gunsten der Interessen der globalen Konzerne eingeleitet. Seitdem versuchen vor allem Australien und Portugal als Konkurrenten, sowie die USA, größeren Einfluß in dieser Region zu bekommen. Die UN-Aktion unter die Führung australischer Militärs zu stellen, hieß den Bock zum Gärtner zu machen. Australisches Militär hat Teile des indonesischen Militärs ausgebildet und die Regierungen dieser Länder waren und sind miteinander freundschaftlich verbunden. KritikerInnen der Interventionspolitik behaupten, daß das von vielen vorhergesehene Morden nach der Volksabstimmung mit rechtzeitig eingesetzten internationalen Polizeikräften hätte verhindert werden können, wenn dies nicht als Vorwand benötigt worden wäre, um eine Intervention unter Führung Australiens sowie die Errichtung eines UNO-Protectorats zu rechtfertigen. Befürchtet wird, daß dadurch Ost-Timors Weg in die Unabhängigkeit verhindert werden und der Besitz des Suharto-Clans, dem fast die Hälfte Ost-Timors gehört, gerettet werden soll.

Frank Knoche

Weitere Informationen:

<http://www.gegeninformations-buero> und <http://www.rhein-neckar.de/wildcat>

Solinger Appell -

Forum gegen Krieg und Rassismus

Protest gegen Krieg in Tschetschenien

In einem Brief an den Botschafter der russischen Föderation in Deutschland verurteilte der Solinger Appell den Krieg der russischen Armee gegen Tschetschenien. Im Text heißt es: "Im jüngsten Krieg der NATO gegen Jugoslawien, in den auch Deutschland verstrickt war, hat ihr Land sehr positive Beiträge sowohl für die Rückkehr der Flüchtlinge in das Kosovo, wie auch für die Einstellung der verbrecherischen Bombardierung meist ziviler Einrichtungen in Jugoslawien geleistet."

Diese aner kennenswerte Politik ihrer Regierung bezüglich der Krise auf dem Balkan steht im krassen Widerspruch zu den Maßnahmen, die wir durch die Medien aus der Region Tschetschenien erfahren... Wir verurteilen die kriegerische Gewalt ihrer Militärmaschinerie und protestieren gegen die Ermordung und Vertreibung unschuldiger Menschen, sowie die Zerstörung ziviler Güter. Diese Kriegsmaßnahmen sind unwürdig für ein Land, welches selbst durch Deutschland und den Faschismus unermeßliches Leid und bitteres Unrecht erfahren hat.

Auch die Tatsache, daß die Regierungen der NATO-Länder durch ihre Handlungen im Balkankrieg, das Recht auf Kritik an ihren Militäraktionen verwirkt haben, hindert uns als Bürger und Bürgerinnen nicht daran, die Vorgehensweise Rußlands gegenüber Tschetschenien zu verurteilen. Wir verurteilen zugleich die Gewalt, welche auch aus Tschetschenien heraus in andere Länder getragen wird."

Café

Stadtgeflüster

das etwas andere Café

**Snacks Frühstück
Kuchen
Pfannkuchen
Griechisches Gebäck
und vieles mehr...**

...zu super Preisen!

Hauptstraße 9 · 42651 Solingen · Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:

Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,

So. & Feiertags 10.00 bis 21.00 Uhr



Vom Seelenverkäufer zum Luxusliner?

Das Neue Steuerungsmodell in der Stadtverwaltung – ein Erfahrungsbericht – Zweiter Teil

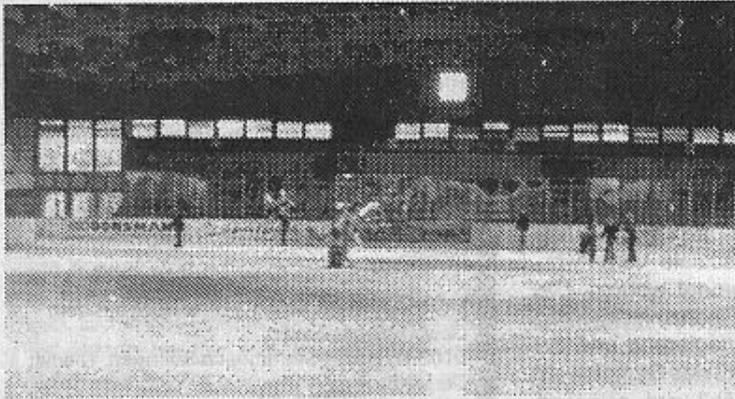


Foto: Andi

Die Eissporthalle könnte demnächst eine von vielen Privatisierungsfällen sein

Der erste Teil dieses Textes erschien in der letzten Ausgabe (Nr. 15) der tacheles. Darin wurde berichtet vom Willen der Planer, die Stadtverwaltung "marktfähig" zu machen und vom Platzhirschverhalten der alten/neuen Leitungsebene. Die erste Grundfeste des Neuen Steuerungsmodells (NSM) wurde angesprochen, die "Gemeinde als Unternehmen", das sich "rechnen" muß, und bei der zu befürchten ist, daß selbst die Baugenehmigungserteilung privatisiert werden könnte. Hier folgt die (gekürzte) Fortsetzung dieses Textes:

4.) Privatisierung - mehr Leistung für den Bürger für weniger Geld?

Die zweite Grundfeste dieses Modells fußt auf der Ausgliederung kommunaler Aufgabenfelder in optimierte Regie- oder Eigenbetriebe, um die in den meisten Fällen tief verschuldeten städtischen Haushalte zu sanieren; gerade die kreisfreien Gemeinden dieser Republik sind hier führend. Oft jedoch reicht konservativen Politikern die Einrichtung solcher Betriebe nicht, sie betreiben knallhartes "Outsourcing" und vergeben vorher städtische Aufgaben an private Unternehmer.

Sicherlich haben diese Maßnahmen nicht nur negative Konsequenzen (auch vieldeutig "Synergieeffekte" genannt); durch die Ausschaltung behindernder, sich lediglich mit Organisationsaufgaben befassender Institutionen ... und die beispielhafte Verlagerung des Beschaffungswesens in die Fachbereiche durch Budgetierung kann oftmals wirtschaftlicher agiert werden. Keine Frage, organisatorische Veränderungen sind, gerade in Kommunalverwaltungen, dringend notwendig. Die vielfach von Unternehmensberatern (Kiehn-

baum & Partner, Mc Kinsey etc., diese lassen sich ihre Dienstleistung fürstlich entlohnen!) u.a. erstellten "Neuen Steuerungsmodelle" sind jedoch nichts anderes als Modelle, aus deren Projektkanon vieles positiv auf eine Verwaltung wirken mag, anderes jedoch läßt sich auf eine Kommunalverwaltung nicht übertragen, erzeugt manchmal auch Kontraproduktives.

Viele Mitarbeiter jedoch fragen sich auch in Solingen immer noch angstvoll, ob denn der Eigen- oder Regiebetrieb nicht doch etwa die Vorstufe der Privatisierung sei und stellen darüber hinaus noch resigniert fest, daß die neuen Steuerungsmodelle gerade von Mitarbeitern der hinderlichen Zentralverwaltung genutzt werden, um sich mit der Schaffung neuer Stellenbewertungskriterien noch ein zusätzliches Sahnehäubchen auf die Besoldung zu setzen - Stichwort Budgetverwaltung...

Die Diskussion zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben gewinnt auch in Solingen in letzter Zeit einen zunehmend paradoxen Charakter. Vordergründig wird von den Befürwortern noch immer die höhere Effizienz der privaten Leistungserbringung ins Feld geführt. Der Gegensatz von angeblich öffentlicher Mittelverschwendung und fehlender Leistungsbereitschaft im öffentlichen Dienst wird auch in Solingen inzwischen nicht mehr nur von liberal-konservativen Politikern mit populistischen Vorurteilen gegenüber den "faulen Beamten" verrührt und dann dem ständig gut funktionierenden, privatkapitalistischen System gegenübergestellt. Küchen, Kliniken, Universitäten und Verwaltungen arbeiten danach zum Wohle aller besser und überdies billiger...

So scheint selbst die Mehrzahl des sprichwörtlichen Mannes auf der Straße davon überzeugt, daß der freie Unternehmer eine kommunale Aufgabe selbstverständlich besser und billiger wahrnehmen müsse, um sich 1.) am Markt zu behaupten und 2.) seinen Gewinn zu maximieren. Die zunehmende, vornehmlich jedoch von der Wall Street in New York und den dortigen Aktienkursen vorangetriebene, als Totschlagargument genutzte Globalisierung beschleunigt die Machtkonzentration auf international operierende Großkonzerne; die negativen Auswirkungen werden hier jedoch ausgeblendet. Beispielhaft können die Folgen die im süddeutschen Raum und in den neuen Bundesländern wohnhaften BürgerInnen erfahren, deren Entsorgungssysteme von kommunaler in private Hände gelegt wurde. Häufig mangelhafter Service, arrogante Bedienung und ständig steigende Preise (tja, die Gewinnmaximierung) sind nur der Beginn

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Gestalttherapie, Psychodrama,
Sozialtherapie, Ausbildung, Supervision

Psychodrama

In Selbsterfahrungsgruppen

dienstags abends 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

In Ausbildung

Orientierungstag am 11.12.1999
von 10-18 Uhr in Solingen

In Supervision

Einzeltermine

offene Gruppensupervision für Fachleute

Freitag bis Samstag

Anfragen unter Telefon und Fax:
0212 / 273478

email friedel.geisler@t-online.de

Internet <http://home.t-online.de/home/friedel.geisler/index.htm>

Friedel Geisler, DAGG, DGSv, DFP

einer Entwicklung, die fataler nicht sein kann, ein Zurück ist nicht möglich. Hinter jedem Entsorgungsriesen steht als Anteilseigner und Oligopolist entweder eine noch mächtigere Bank oder ein Versorgungsunternehmen, - politische Kontrolle, Meckerstunden im Rat oder Prügel von der Presse - oft Fehlannonce oder wirkungslos! Die von konservativer Seite propagierten Kräfte des freien Marktes sind hier längst außer Kraft gesetzt - was dies für den Markt bedeutet, hat vor über hundert Jahren schon der olle Karl Marx geweissagt.

Rationale Gegenargumente finden bei Politikern immer weniger Gehör. Weder der Verweis auf das Tafelsilber oder die Kuh, die keine Milch mehr liefert, wenn sie geschlachtet ist... Daß sie oftmals keine Ausweich- und Vergleichsmöglichkeiten im Dienstleistungsangebot haben, wird gleichfalls unterschlagen wie die Tatsache, daß eine große Zahl von Anbietern nur ein Alibi der freien Marktwirtschaft darstellt, weil diese alle unter dem Dach einer großen Konzernmutter agieren...

Der Trend der Zeit sei eben auf Entstaatlichung gerichtet und im Übrigen sei man in den Kommunen hoffnungslos überschuldet.

5.) Schulden - der Weg des Geldes, kleiner Exkurs!

Hier beginnt der aufgeweckte Zeitgenosse zu begreifen. Der Hase liegt bei der öffentlichen Verschuldung im Pfeffer. Ein immer größerer Anteil der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden muß für Zinszahlungen aufgebracht werden, bis zu 50 % und in Sonderfällen schon darüber. Einsparpotentiale werden in der Politik nur in dem anderen Teilbereich des jeweiligen Haushalts diskutiert, wenn es nicht mehr anders geht. Die Zinszahlungen

sind heilig.

Wenn sich die Verschuldung in den öffentlichen Haushalten während der letzten Jahre potenziert und inzwischen die magische Grenze von 2 Billionen DM überschritten hat, dann gibt es offenbar genügend Privatvermögen, das dem Staat etwa über Anleihen gegen gute Zinsen diese gewaltige Summe leihen kann und dabei wie bei einer Lizenz zum Gelddrucken immer größer wird.

Banken und Versicherungen spielen hierbei die Hauptrolle, sie aber verwalten die Aktiendepots der Groß- und Kleinanleger, wobei die Kleinanleger wie Herr Müller oder Frau Schmitz nur eine marginale Bedeutung haben... Die Rendite (der Kursgewinn) ist die heilige Kuh, der Moral und soziale Verantwortung gnadenlos untergeordnet werden. Die gewaltige Kumulation von Finanzmitteln in den Händen einiger weniger neugierend und die Schuld an der Tatsache, daß das Gemeinwohl von vielen Seiten ausgehöhlt wird, schieben liberal-konservative Politiker und Vertreter der Unternehmerverbände allein den "unverbesserlichen, rot-grünen Sozialromantikern" zu...

In Deutschland hat sich nur in privater Hand ein Gesamtvermögen von 10 Billionen DM angesammelt, davon sind 4,6 Billionen DM in Finanzanlagen angelegt...

Auch im Musterlände des Kapitalismus, den USA ... wird das Ausmaß dieser Umverteilung jedoch durch die Schaffung vieler Jobs verbrämt, von denen einer alleine weder eine Person noch gar eine Familie ausreichend ernähren kann - das Heer der "Working Poor", der arbeitenden Armen, ist auf dem Vormarsch, Hauptsache, keine oder wenig Stütze, die Umstände interessieren nicht...

Wenn heute einem Sozialhilfeempfänger mit detektivischem Spürsinn jedes Nebeneinkommen und sogar die Zulassung eines PKW auf seinen Namen nachgewiesen werden kann, wieso ist einer zahlenmäßig sehr viel kleineren Gruppe von Leuten nicht nachzuweisen, daß sie Milliardensummen am Fiskus und somit dem Gemeinwohl vorbeijonglieren...?

Man spart - koste es, was es wolle - um ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Es wird entstaatlicht, um immer größere Bereiche der öffentlichen Einflußnahme und Kontrolle zu entziehen und sie dem einzigen Ziel der privaten Gewinnmaximierung zu übereignen; die öffentlichen Schulden jedoch werden sozialisiert.

6.) Ausblick

Wird dieser ökonomisch verhängnisvolle Prozeß nicht gestoppt, ist eine tiefe gesellschaftliche Krise unausweichlich; der äußerst fragwürdige Boom der anglo-amerikanischen Volkswirtschaften ist kein Garant für den endlich richtigen Königsweg. Noch gibt es in Solingen genügend Widerstände gegen eine solche Entwicklung, doch die Kräfte in Politik und Verwaltung, denen dies gleichgültig ist, sind nicht untätig. "Nestkacker" (Pseudonym)

Bürgerfunk

Bürgerfunk-Programm

Bürgerfunk - täglich von 19.04 Uhr bis 20.00 Uhr und am Wochenende von 18.04 Uhr bis 20.00 Uhr auf den Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne / 99,95 MHz Kabel).

Bürgerfunk aus Remscheid und Solingen im Internet: <http://www.buergerfunk.bland.de>
Hier gibt es Informationen über DI Studios, Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-Modell, Sendungen in RealAudio und vieles mehr.

Änderungen des Programms sind aus technischen und sonstigen Gründen manchmal möglich.

- MO 01.11. **Night Storm.** Harter Rock aus dem Gewerkschafts-Studio.
- DI 02.11. **Radio-Stammtisch Solingen.** Thema: Der weiße Ring.
- MI 03.11. **Radio Multi-Kulti.** Weltmusik präsentiert vom Verein Talklang.
- DO 04.11. **Donnerzeit** aus der Kraftstation Remscheid.
- FR 05.11. **Tiere in Not e.V.**
- SA 06.11. 19.04 Uhr. **Rückblende.**
- SO 07.11. 18.04 Uhr. **Studio Bergisch Land**
- SO 07.11. 19.04 Uhr. **Full House.** Jugendmagazin der evangelischen Gemeinde Dingshaus.
- MO 08.11. **Doppelkopf.**
- MI 10.11. **Money, Money.** Verbrauchermagazin.
- DO 11.11. **Lokaltour** Kraftstation Remscheid
- FR 12.11. **Overtime.**
- SA 13.11. 18.04 Uhr. **Unter Strom.**
- SA 13.11. 19.04 Uhr. **Aidshilfe.**
- MO 15.11. **Stechuhr.** Gewerkschaftsmagazin.
- DI 16.11. **Trendy...**
- MI 17.11. **Dark Awakening** aus der Kraftstation Remscheid
- DO 18.11. **Freak-Out-Show** aus der Kraftstation Remscheid
- FR 19.11. **Radio Klingenstein.** Friedros Lokalmagazin.
- SA 20.11. 18.04 Uhr. **Mix'n'Mojo.**
- SA 20.11. 19.04 Uhr. **Rückblende** Musikspecial.
- SA 21.11. 18.04 Uhr. **Bit für Bit.** Computersendung aus der Kraftstation Remscheid
- SO 21.11. 19.04 Uhr. **Bergischer Mundartstammtisch** Schloß Burg.
- DI 23.11. **Kreuzblende.** Katholisches Bildungswerk
- MI 24.11. **Bubblegum.** Kindersendung aus dem Katholischen Bildungswerk
- DO 25.11. **Subotnix** Kraftstation Remscheid
- FR 26.11. **Radio 8.**
- sa 27.11. 18.04 Uhr. **Radio Kraftstation.**
- sa 27.11. 19.04 Uhr. **De Hankgeschmedden.** Mundart aus Solingen.
- SO 19.-28.11. **Radio Aktiv**

BÜRGERFUNK IM DEZEMBER '99

- MI 01.12. **Radio Multi-Kulti.** Weltmusik präsentiert vom Verein Talklang.
- DO 02.12. **Donnerzeit.** Kraftstation Remscheid
- FR 03.12. **Tiere in Not e.V.**
- SA 04.12. 19.04 Uhr. **Rückblende.**
- So 05.12. 18.04 Uhr. **Computermagazin.**
- SO 19-05.12. **Full House.** Evangelische Jugend Dingshaus.
- MO 06.12. **Night Storm.** Harter Rock aus dem Gewerkschaftsstudio.

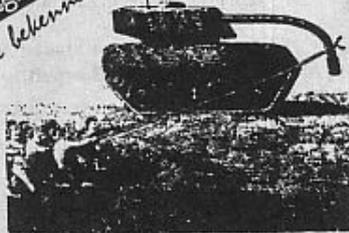
Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern

Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN

Bundestagswahlkampf
Farbe bekennen 1987



Der rot-grüne Wahlsieg erschien vielen Millionen Menschen in Deutschland und Europa als ein Tag neuer Zukunftsmöglichkeiten. Für die nun in die „Regierungsverantwortung“ eingebundene Mannschaft der Bündnisgrünen und den realo-konformen Teil der Aktivisten der Umwelt- und Friedens- bewegung war dies genau der Erfolg, der ihnen seit fast 20 Jahren vorgeschwebt hatte.

Bereits einen Monat später wurde in vorgeblichem Kampf gegen „Milosevic“ die Umwelt der überlebenden Menschen Rest-Jugoslawiens durch Ausschüttung einer kompletten Abteilung des Weltbombenarsenals im Stil von Sinnen gekommener Tyrannen vergewaltigt wie ein ferner schmutziger Planet. Verkündet und vermarktet haben ihren Segen für die Giga-Bomben am allerwirkungsvollsten Joseph Fischer (Deutschland) und Madeleine Albright (USA), die seitdem als HohepriesterInnen im Mega-Business weiter zu gestalten der „Osterweiterung“ figurieren.

Nach den flächendeckenden Bombenexplosionen, bei denen das in den Raketenmanteln befindliche abgereicherte Uran in kilometerdicken Wolken nur so über das Land gesproitzt ist, schalte man die „Atomkraft, nein danke“-Idee auch künftig immer dann einfach ab, wenn es um Krieg geht. „Gerecht“, vor den WählerInnen zu vertreten muß ein Krieg halt sein, dann kann auch die Wirkung nuklearen Materials technisch zweckmäßig sein, ganz im Sinne der Verhältnismäßigkeit der Mittel natürlich...

Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben ... und das aus dem Mund von unserem guten Joschka? Der macht jetzt den Job? Da ist einem der Atem weggeblieben.

Fast vergißt man, gleichzeitig zu würdigen, daß auch die Grünen kein anderes „Sparpaket“ im Angebot haben, als Arbeitslose, Alte, Kinder, Schwache zu drangsalieren und in ihrer schieren Existenz zu gefährden, und daß diese Plünderung schlimmer in die Mangelsituation der Ärmsten eingreift, als die CDU es jemals hingekriegt hätte.

Unterm Strich wird das grauslich Zwangsgesparte einzig und allein in einem bislang noch passabel verborgenen Zweck, der Tauglichmachung Deutschlands für die „Osterweiterung“ der westlichen Hemisphäre, Verwendung finden. Wer im großen Schacher um das zerfallende ehemalige Zarenreich, rund um die trillionenschweren Ölfelder am Kaspischen Meer, künftig mitmischen will, braucht vor allem eins: Ungebremste Liquidität für abgezocktes Geben und Nehmen. Letzteres (sie-

Joschka Fischer Superstar (Teil 1)

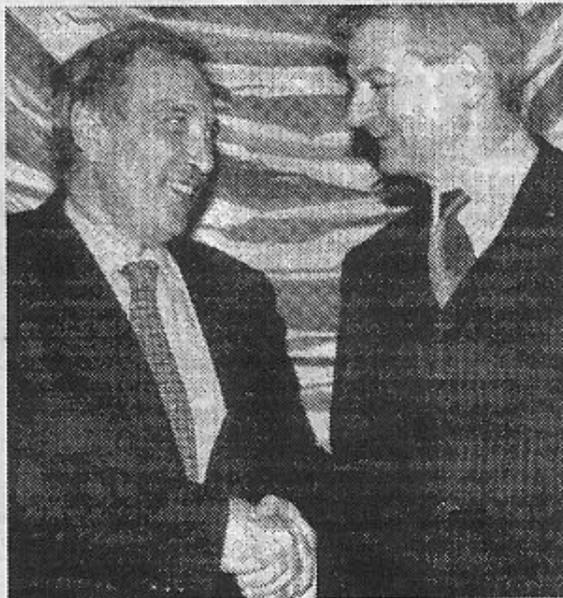
Grün tarnt sich's am besten

he heute schon Tschetschenien und die Zurschaustellung brutaler Kriegsbereitschaft (im noch-russischen Herrschaftsbereich) trägt Kriege im Gepäck, die die halbe Welt in die Luft jagen können und für die Kosovo und Sparpaket nur ein Vorgeplänkel darstellen.

Wenn das der Joschka wüßte? Bündnis 90/Die Grünen (wer im Osten möchte eigentlich ständig an 1990 erinnert werden?) verlieren eine Wahl nach der anderen, weg ist die eigene Jugend, und die grünen ExponentInnen haben meist keine andere Erklärung, als daß sie selbst ziemlich spät pubertieren - eine Nabelschau, bei der die nächste Generation, die grüner sein müßte als alle vor ihr, von Kriegsgeschrei und fortschreitendem Umweltkollaps nur noch irritiert, wegläuft nach Weißnicht-wohin. Anlässlich des nach 7 verlorenen Wahlen nicht mehr zu leugnenden Glaubensschwunds aus den eigenen Reihen hätte der grüne Superstar dieser Tage gern eine weitere Show inszeniert: „Panzer in die Türkei und die Frage der Menschenrechte“ schien doch die Gelegenheit, sich selbst als lieben Kerl in Erinnerung zu bringen. Aber: „Fischer kuschelt und schweigt“ (Bild vom 27.10.99), denn wer Billionengeschäfte am Kaspischen Meer ermöglichen will, braucht eins wie das Luft zum Atmen: höchste militärische Schlagkraft der Türkei - von da aus sind's doch nur noch ein paar Kilometer bis zum Eldorado 2000!

Das ganze bittere Szenario erscheint zunächst wie ein böser Zufall, der in die gutgemeinten Absichten der grünen Partei gefahren sei und so die Erreichung ihrer politischen Ziele zwar gefährde, aber letztlich doch nicht verhindern werde. Allein, woher man den guten Glauben nehmen soll, ist fraglich, guter Rat fast nicht zu haben. Weiß heute, nach einem Jahr grünen Mitregierens, überhaupt noch einer, wer die Grünen sind, wofür sie stehen? Was deren führende Köpfe dazu zu sagen haben, erscheint aktuell eher als Wortgeklingel, ein kaum mehr zu überbietender Mix

aus Sanyassinsoziologie, Dienstbarkeitsrhetorik und geschwätziger Selbstbenetzung, im mauseligen Dunstkreis von juristischem Antifettnapf-Deodorant. Der spätpubertierende Außenminister, der als erster aus der Umweltbewegung hervorgegangener Umwelt- Minister neuerdings „weder von der Sache noch vom Regieren auch nur den Schatten einer Ah-



Der türkische Außenminister Cem und Außenminister Fischer demonstrieren brüderliches Einvernehmen

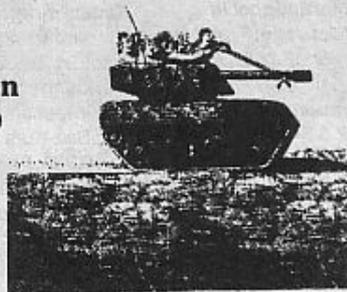
nung“ (Joschka über Joschka im Stern vom 21.10.99) gehabt haben will, verkauft das ihm vermittelte Katastrophenszenario in seiner neuen Stern-Serie als „Der lange Lauf zu mir selbst“. Schlimmer hätte es nicht kommen können. Der kann einem ja fast nur noch leid tun, und seine gesamte Provenienz dazu - eine Selbstsuche derart miesen Zuschnitts ist der deutschen Öffentlichkeit lange nicht mehr vorgespielt worden.

Wer die Grünen liebt, wem die Luft zum Atmen wirklich teuer ist, wird sich durch noch so viel Mief und Gejaule nicht davon abhalten lassen, hinter die Masquerade zu schauen, wenn's denn gelingt; immerhin verbergen Maske und Nabelschau, was unerkannt bleiben soll. Locker bleiben: Man werfe keck einen Blick in den Spiegel der Zeit, hinter dem sich kein Gesicht verbergen kann, und sei es grüner angemalt als ein Wehrmachtsfahrrad ...

Lest Joschka Fischer Superstar (Teil 2): Auf Turnschuhen in den „schlanken“ Staat in der nächsten tacheles-Ausgabe!

Hans-Walter Müller

Die
Grünen
1999





GETAWAY!
in der alten Beckmann Brauerei Ohligs

SCENIC VIEW mit: KUNGFU SPAM Dienstag 2.11

SWEET DREAMS Samstag 6.11
Die 80er und NDW-Party

WALTER TROUT Montag 8.11

MIDLIFE-CRISIS? Samstag 13.11
Die Party für alle um die 30

HOSSA PARTY Samstag 20.11
Die etwas andere Schlagerparty

SCYCS Dienstag 23.11

HERZ BEIßT HAIFISCH Samstag 27.11
Die Coolibri Single-Party

HANNS DIETER HÜSCH Dienstag 30.11
"Wir sehen uns wieder"
Stadttheater Solingen

THE SOFTPARADE Dienstag 14.12
A Tribute to the DOORS

JEDE WOCHE

Mi 300 MINUTES
Hip-Hop - Disco - Funk - Soul - Dance 20 Uhr

Do DIE WILDE 13
MUSIK AUS DER GIBT'S KEIN GETAWAY! 20 Uhr

Fr SCHWEIß-NAB
Disco - Dance - Soul - Funk - Charts 20 Uhr

So TANZ:BAR
Soul - Funk - Hip-Hop - Blues ... 20 Uhr

**Kottendorferstr. 21
Solingen-Ohligs
Info: 0212-71545**

www.getaway-online.de

13.11. 21.30h, Die Blende, D'dorf Alex
Oriental Experience
13.11. 19h, Em Kotten, SG, *Black
Sunshine, Still Sane & Sulien Circle*
14.11. 20h, E-Werk, Köln
Foo Fighters
17.11. 20h Köln, Palladium
Skunk Anansie + Support: Sevendust
18.11. 20h Kult, SG-Werwolf
Terry Lee Hale
18.11. 21h, AK 47, D'dorf
*Monochords, Tigerbeats u. Backwood
Creatures (Punk)*
19.11. 19h, HdJ Lacombletstr., D'dorf,
Antifaschistische Hardcore Solikonzert
20.11. 20h PÖM, RS, *Birth Control*
21.11. 20h Kantine, Köln
Lecker Sachen + Tretboot
21.11. 20h Alter Wartesaal, Köln
Therapy! + Special Guest
26.11. 20h Stahlwerk, D'dorf
Nine Inch Nails
30.11. 20h Kult, SG-Werwolf
Eric 'Fish' Hecht - 'Lieder'

LCB (Live Club Barmen)
HdJ Barmen
13.11. 20.30h (Einlaß) / 21.30h
(Beginn) (LCB)
17 DM (VVK) / 20 DM (AK)
DIE KOMM' MIT MANN!s
19.11. 20h (LCB XL) 17DM (VVK) / 21
DM (AK), Ticket 2000: 15 DM (VVK) /
19 DM (AK)
TOASTERS (Ska)
20.11. 20h (Einlaß) (LCB XL)
28 DM (VVK) / 33 DM (AK)
ULLA MEINECKE „Kurz nach Acht“
Am Flügel: Reinmar Henschke
3.12.19h(LCB)10DM (erm.) /
12 DM (AK): HEAVY METAL NIGHT:
*TRINITY, DAS SCHEIT (Industrial),
BLACKEND (Trash Metal), REVEN-
GE OF INSANITY (Death Metal)*
4.12. 21h (LCB XL) 7 DM
SALSA-DISCO
19- 21h Tanzworkshop: Salsa/
Merengue f.Anf. m. Vorkenntnissen
(20 DM (erm.) / 25 DM)
21-22h Schnupperworkshop Salsa/
Merengue (kostenlos)

Kattwinkelsche Fabr., W'kirchen
13.11. Christina Lux, funky folk, 20h
13.-14.11. Kreativmarkt, ab 14h
20.11. Bal Folk m. Sans Toupet, franz.
Tänze, 20h
27.11. Anka Zink, Kabarett, 20h
**LCB (Live Club Barmen),
HdJ Barmen**
21.11. 20 h (LCB)
12 DM (VVK erm.) / 14 DM (VVK) / 14
DM (AK erm.) / 17 DM (AK)
PAPPENHEIM PEEPSHOW
25.11. 19.30 h (Einlaß) / 20.30 h
(Beginn) (LCB XL)
18 DM (VVK) / 22 DM(AK)
DER TELÖK
9.12. 11 h (hdj) 6 DM (Schultheater/
Anmeldung erforderlich)
Spezielles Thema - Spezielles Theater
/ Neues Tendenz Theater
DIE WEISSE ROSE

Öffentlicher Vortrag

IG Medien, Ortsverein Solingen,
Kölner Str. 45
**Prof. Dr. Reinhard Kühnl: "Wohin
geht die Bundesrepublik? - Über
Großmachtsanspruch, Nationalismus
und Sozialabbau"**
Wo: Gasthaus im Brauhaus (Wasser-
turm) am 17.11.99, 19h
Prof. Dr. Reinhard Kühnl lehrt Politikwis-
senschaft an der Universität Marburg.
Durch zahlreiche Arbeiten über den deut-
schen Faschismus, die NPD, Rechtsex-

tremismus, das Dritte Reich und die
Weimarer Republik sowie durch seine
weitreichende publizistische Tätigkeit
wurde er einem größeren Publikum be-
kannt. Gegenwärtig im Buchhandel lie-
ferbare Bücher: 'Deutschland seit der
Französischen', 'Die extreme rechte in
Europa', 'Der Faschismus', 'Faschis-
mustheorien', 'Liberalismus als Form
bürgerlicher Herrschaft', 'Was ist Auf-
klärung?' und 'Die Weimarer Republik'.

Gruppeninfos

AG Weiße Rose: Treff jeden Di 18h im
Pavillon der Geschwister-Scholl-
Schule, Querstr. 42
amnesty international: Treff jeden
ersten Mi 20h, Kontakt: ☎ 4 15 78
Antifa Bergisches Rheinland:
c/o Infoladen, Postfach 10 09 31,
42609 SG
Bürgeraktion Contra Westtangente:
Treff jeden 1. Di. 19.30h im Gemeinde-
zentrum Lutherkirche, Kontakt ☎ 17845
Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3,
Mo 15-18h, Di 10.30-15h, Mi-Fr 10.30-
18h (Frauen), Sa 11-15h (Familien), ☎
27 36 35, Fax: 1 71 98
Café International: Treff jd. 1. Freitag
im Monat, 19h, Wupperstr. 120
Den Krieg überleben:
Kontakt: H.Reckwerth, Am Eckbusch
39/85, Wuppertal, ☎ 72 25 23
**Frauengruppe International im
Frauenverband Courage:** Treff 14tg.
im Café Courage, ☎ 27 36 35
Frauenhaus: ☎ 5 45 00
Frauen helfen Frauen:
Albrechtstr. 12, ☎ 5 54 70
Graue Panther: Eiland 17, 42651 SG
Lesbentelefon:
Mo. 20-22h. ☎ 0202 / 44 08 08
Öffentlichkeit gegen Gewalt:
Kontakt: Ursel Ullmann, ☎ 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:
Kontakt: Fernand Willig, ☎ & Fax: 32 96
42, Internet: www.solingen-natur.de/rbn
Schwuler Stammtisch: Jd. Di. 20h im
Cobra, Merscheider Str. 77-79
SJD-Die Falken:
Richard-Wagner-Str. 96, ☎ 58 61 87
**Solinger Appell/Forum gegen Krieg
und Rassismus:** Treff, Do. 18.11.,
19.30h, danach 14tg. im Café Courage
Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ
Forststr. 38, 42697 SG, ☎ 7 10 41
**Solinger Koordinationstreff gegen
Arbeitslosigkeit:**
Infotel.: 710-41/42
SOS-Rassismus:
☎ 20 10 00, Fax: 20 51 37
facheles: c/o Café Courage, Klemens-
Horn-Str. 3, 42655 SG, Fax 1 71 98,
e-mail: fachelesSG@wtal.de
Tauschring: Treff Gemeindehaus der
ev. Kirche Wittenbergstr. 4.
Kontakt: SALZ, ☎ 7 10 41 / 42,
Türkischer Volksverein:
Van-Meenen-Str. 1, ☎ 20 48 45,
Mi.: Saz-Kurs 19-21h, Do. Kinderfolklo-
re 18.30h, Fr. 18h Familientreff, Sa/So:
Café und Vorträge im Intertreff
VVN-Bund der Antifaschisten:
Kontakt: ☎ 2 24 44 44

Kids + Teens

Kattwinkelsche Fabrik W'kirchen
7.11. Frauenkleider- u. Kindersachen-
börse
24.11. Figurentheater: Der kleine
Hobbit, 15 h
**LCB (Live Club Barmen), HdJ
Barmen**
21.11. 15h (hdj), 6 DM. Figurentheater
Winter "Der kleine Hobbit"
23.11. 11h (hdj), 6 DM (für Kindergär-
ten und Grundschulen, Anmeldung
erforderlich) WUPPER THEATER
27.11. 14.30 u. 16.30h (hdj),
28.11. 14.30 h, 29.11.-2.12. 18h, 7 DM
Wuppertaler Kinder u. Jugendtheater
ALADIN UND DIE WUNDERLAMPE
Für Kinder ab 6 Jahren
28.11. 15h (hdj), 2 DM
TEENY DISCO 11-15 Jahre
1.12.-2.12. 18h, 7 DM
Wuppertaler Kinder- u. Jugendtheater
ALADIN UND DIE WUNDERLAMPE
4.12. 10h (hdj) KINDERSACHEN-
TRÖDELMARKT
4.12. 15h im LCB, 1,50 DM, KINDER-
DISCO, 6-10 Jahre

Kino

**VHS-Filmstudio, Di 20 h Mühlenhof,
So 17.30 h Cobra**
9./14.11 Ein wahres Verbrechen
16./21.11 Little Voice
23./28.11. Zu verkaufen
30.11./5.12 Message in a bottle
7./12.12. Hilary und Jackie
**Termine der Solinger Kinemathek
e.V. im Jugendhaus Haan, Alleestr. 6.**
samstags 15h. Eintritt 5DM
13.11.: Frech wie Krümel
20.11.: Der Knabe, der fliegen konnte
27.11.: Nils Karlsson Däumling
4.12.: Ein Fall für die Borger
11.12.: Das zauberhafte Land / Der
Zauber von Oz
KINO SPEZIAL, am 1. Freitag im
Monat um 20 Uhr, im Jugendh. Haan
unverfälschte Originalfassungen.
Eintritt: 8 DM
3.12.: SILENT RUNNING (TV:
Lautlos im Weltraum, USA 1972)